

Newsletter Dezember 2021



Wenn sich so viele Menschen den Samstag um die Ohren schlagen, zeigen sie, wie wichtig ihnen die Zukunft unserer Schulen – oder vielmehr: unserer Schüler*innen – ist. Und die Resonanz auf unsere ganztägige Veranstaltung am Samstag, 6. November, war einhellig positiv.

Gerade die belastenden Einschränkungen durch die Pandemie sind Anlass, über die Schule als Lebensort zu sprechen. Dazu haben wir viele Vorträge und Präsentationen gehört und gesehen und intensiv darüber diskutiert.

Schulen entwickeln sich zu Ganztagschulen, die Inklusion bringt neue Verantwortung für alle Schülerinnen und Schüler mit sich, die Digitalisierung erweitert die Möglichkeiten. Martin Habersaat, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion: „Die Zukunft ist ungewiss, und trotzdem wollen wir unsere Kinder so gut wie möglich darauf vorbereiten. Die „4Ks“ werden immer wichtiger: Kritisches Denken, Kreativität, Kooperationen und Kommunikation. Das muss sich auf die Pädagogik auswirken und auch auf das Aussehen unserer Schulen. Zeitgemäße Pädagogik braucht zeitgemäße Räume.“

„Herr, verzeih ihnen, denn sie tun nicht, was sie wissen.“ (Stefan Niemann, Schulentwickler)

Gerade die anwesenden Architekten haben uns vermittelt, dass Schulbau ein Thema ist, das ernst genommen werden müsse, dass Wertigkeit von Bildung an Wertigkeit der Schule erkennbar sein sollte. Und Beispiele aus Dänemark haben gezeigt, wie Schulen aussehen können.

„Eine dänische Schule versteckt sich nicht.“ Julian Weyer, Architekt

Mögliche Leitlinien für die Zukunft können sein:

- Lernen funktioniert dort besser, wo Schülerinnen und Schüler, aber auch die Lehrkräfte, sich wohlfühlen.
- Auch große Schulen brauchen Kleinteiligkeit und unterschiedliche Lernumgebungen.
- Schulen sollen sich nicht verstecken, sondern Teil des Städtebaus sein.
- Schulen können das Leben im Stadtteil oder in der Gemeinde aufnehmen und mit ihrer Arbeit verknüpfen.
- Physische Aktivität lässt sich über Schulhof und Sporthalle hinaus in den Schulalltag einbauen.
- Schulentwicklung geht nur gemeinsam mit den Beteiligten. Eine „Phase 0“ muss jedem Schulbauvorhaben vorausgehen. Schüler*innen, Lehrkräfte, Eltern und Schulträger müssen sich gemeinsam über den Weg verständigen. Politik muss mit diesem Ergebnis verbindlich umgehen.
- Das alles gilt landesweit und wird nur zu realisieren sein, wenn das Land den Schulträgern dabei hilft.

Material zu unserer Veranstaltung:

<https://www.martinhabersaat.de/schulederzukunftsh/>

Neue Bundesregierung – neue Bildungspolitik

Die Jüngeren werden sich nicht erinnern: es gab tatsächlich mal eine Zeit, in der Angela Merkel noch nicht Bundeskanzlerin war. Und so eine Zeit beginnt jetzt wieder. SPD, GRÜNE und FDP haben sich auf einen Koalitionsvertrag verständigt. Dass das Bundesbildungsministerium von einer FDP-Politikerin besetzt wird, bringt sozialdemokratische Bildungspolitik*innen nicht in Ekstase, aber entscheidend ist, worauf sich die Parteien geeinigt haben. Wir haben uns den Vertrag angesehen:

Die Koalition bekennt sich zur Chancengleichheit im Bildungssystem, die durch Kinderarmut behindert wird. Die Länder und der Bund müssen die öffentlichen Bildungsausgaben deutlich steigern.

Im Bildungsbereich müssen alle Ebenen kooperieren. Dazu wird ein Bildungsgipfel einberufen. Eine Änderung des Grundgesetzes ist aber ohne die Union rechnerisch und politisch nicht möglich.

Für den Ausbau der Ganztagsangebote soll ein Qualitätsrahmen mit den Ländern und den Kommunen entwickelt werden. Das Abrufen der vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel soll vereinfacht werden.

Ein Programm „Startchancen“ wird aufgelegt, das über 4.000 allgemein- und berufsbildende Schulen unterstützt, die einen hohen Anteil sozial benachteiligter Schüler*innen haben. Dazu sollen diese Schulen Investitionen für eine zeitgemäße Lernumgebung erhalten. Darüber hinaus bekommen sie ein „Chancenbudget“ sowie mehr Sozialarbeit. Das Programm der zusätzlichen schulischen Sozialarbeit sollte auch für andere Schulen zugänglich sein.

Der bisher sehr zögerliche Mittelabruf beim Digitalpakt Schule soll entbürokratisiert werden. Dazu soll es bis zur Jahresmitte eine Vereinbarung mit den Ländern und Kommunen geben. Ein Digitalpakt 2.0 mit einer Laufzeit bis 2030 soll vereinbart werden. Die digitale Lernmittelfreiheit für bedürftige Schüler*innen soll gesichert werden.



Das BAföG soll so reformiert werden, dass die Freibeträge deutlich erhöht werden und die Altersgrenzen angehoben werden. Der Wechsel des Studienfaches soll erleichtert und die Förderhöchstdauer verlängert werden. Die Bedarfssätze sollen an die Entwicklung der Wohnkosten angepasst werden und Teilzeitförderungen

zumindest geprüft werden. Die Anpassung der Freibeträge und Bedarfssätze soll häufiger erfolgen. Der Darlehensanteil soll sinken, das zinsfreie Voll Darlehen für alle Studierenden geöffnet werden. Der elternunabhängige Garantiebetrug im Rahmen der Kindergrundsicherung geht künftig direkt an volljährige Anspruchsberechtigte.

Der Bund will bei den Volkshochschulen und anderen gemeinnützigen Bildungseinrichtungen in die digitale Infrastruktur investieren. Sie sollen europarechtskonform von der Umsatzsteuerpflicht befreit bleiben. Die Alphabetisierung soll verstärkt werden.

Die politische und Demokratiebildung soll verstärkt werden; die Projektmittel für die Bundeszentrale sollen erhöht werden.

Die Koalition will den Nationalen Aktionsplan zur Bildung für nachhaltige Entwicklung stärken.

Die Kultur soll in ihrer Vielfalt als Staatsziel verankert werden.

Die Gender-Gleichstellung im Kulturbereich soll gestärkt werden. Über die soziale Lage von Künstler*innen soll regelmäßig berichtet werden. Das ist die Voraussetzung für die bessere Absicherung von solo-selbständigen und „hybridbeschäftigten“ Kulturschaffenden.

Die Neustart-Programme sollen bis zum Ende der Pandemie und darüber hinaus fortgesetzt werden. Die Kulturstiftung des Bundes und der Bundeskulturfonds werden gestärkt. Die Kulturförderung des Bundes ist darauf ausgelegt, im ländlichen und im kulturschwachen Raum kulturelle Angebote aufrechtzuerhalten und die Kofinanzierung finanzschwacher Kommunen auf 10 % zu reduzieren. Es schließen sich verschiedene Prüfaufträge für Spartenförderungen an.

Ein Schwerpunkt liegt bei der Erinnerungskultur (unter Einschluss der DDR und der Erinnerung an das koloniale Erbe und der Umgang mit entsprechenden Objekten). Dazu gehört auch die Umsetzung des Versöhnungsabkommens mit Namibia.

Der Rechtsextremismus wird als größte Bedrohung unserer Demokratie bezeichnet. Hier wird allerdings im Wesentlichen auf eine Fortsetzung der bisherigen Politik gesetzt.

Und hier ist der volle Text des Koalitionsvertrages:

https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf

Es fehlt nicht an Lehrerstellen, sondern an Lehrern

In der Aussprache über den Jahresbericht zur Unterrichtsversorgung sagte Martin Habersaat u.a.: „Die Unterrichtsversorgung an den Beruflichen Schulen wird besser, allerdings nur, weil deren Schülerzahl deutlich zurückgeht. Der Personalmangel an Grundschulen und Förderzentren bleibt eklatant. Zum wiederholten Male in der Amtszeit von Frau Prien steigt die Exklusionsquote (von 30,8 Prozent auf 31,6 Prozent). Die Anzahl der Schüler*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf ist gestiegen, gleichzeitig sank die Schülerzahl in inklusiven Maßnahmen. 31,6 Prozent der Schüler*innen mit besonderem Förderbedarf wurden an Förderzentren beschult. Mit Jamaika ist leider der Gedanke des Sortierens von Kindern wieder stärker geworden, anstatt die Schulen Stück für Stück so auszustatten, dass sie allen ihnen anvertrauten Kindern gerecht werden können.

Der Mangel an Lehrkräften ist trotz aller Bemühungen, den Lehrer*innenberuf attraktiver zu machen, weiterhin spürbar. An den weiterführenden und berufsbildenden Schulen konnten mehr als 100 Prozent der Stellen tatsächlich besetzt werden, an den Grundschulen und Förderzentren ist das nicht so, und bei den 98 % sind die Stellen schon mit eingerechnet, die wegen Elternzeit oder Mutterschutz nicht tatsächlich vertreten werden können. Weiterhin haben 8,3 Prozent der eingesetzten Lehrkräfte keine abgeschlossene Lehrerausbildung. Das Schlimme daran ist, dass der Anteil dieser Lehrkräfte auch noch wächst; im letzten Jahr waren es noch 7,7 Prozent.

Die Zahl der ausgefallenen und der nicht planmäßig erteilten Unterrichtsstunden ist an allen allgemeinbildenden Schulen, so auch an den Grundschulen, zurückgegangen, was vor allem etwas mit Corona zu tun hat. Viele Eltern berichten von längerfristigem Unterrichtsausfall, von Einschränkungen bei der Verlässlichkeit oder im Ganztagsbetrieb, von unzureichenden Vertretungsmodellen, von Klassenzusammenlegungen und von mangelnder Kommunikation mit Schulrät*innen und Ministerium.

Ein schnellerer Übergang von A12 auf A13 hätte die Arbeit als Grundschullehrer*in attraktiver gemacht. Da wissen wir uns einig mit dem Landesrechnungshof, der eine bessere Besoldung als probates Mittel gegen den Fachkräftemangel benannt hat. Natürlich wird ein kurzfristiger Unterrichtsausfall niemals vollständig von der ersten Stunde an durch Vertretung aufgefangen sein. Das würden auch wir nicht versprechen.“

Bericht der Landesregierung zur Unterrichtssituation 2020/21

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl19/drucks/03300/drucksache-19-03330.pdf>

Gerade in Corona-Zeiten – Politische Bildung bleibt zentral

Der Landtag hat im Oktober mit den Stimmen aller demokratischen Fraktionen den Landesbeauftragten für politische Bildung, Dr. Christian Meyer-Heidemann, wiedergewählt. Wir haben ihm dazu gratuliert.

Tobias von Pein musste seine Rede zur politischen Bildung aus Zeitgründen zu Protokoll geben. Darin führte er u.a. aus, dass Corona sich auch in der politischen Bildung bemerkbar gemacht hat, weil viele Präsenzveranstaltungen ausfallen mussten und digitale Angebote immer wichtiger werden.

Er warnte vor der fatalen Anziehungskraft, die Polizei und Bundeswehr auf Menschen mit autoritärem und nationalistischem Weltbild haben. Gerade in diesen Bereichen könnten Rechtsextremisten, Rechtspopulisten, Antisemiten und Verschwörungstheoretiker besonderen Schaden anrichten.

Corona sei ein fruchtbarer Nährboden für Verschwörungstheoretiker aller Art, die man mit rationaler Argumentation nicht mehr erreichen könne, aber wir müssten verhindern, dass es mehr werden. Die Absurdität, sich über staatliche Eingriffe in den persönlichen Lebensbereich zu beschweren und gleichzeitig mit Leuten zu demonstrieren, in deren Gesellschaftsmodell es so etwas wie einen persönlichen Lebensbereich, der von staatlichen Eingriffen frei bliebe, nicht mehr geben würde, könnten wir nicht auflösen.

Erziehung zur Teilhabe sei ein Auftrag für die Schulen ebenso wie für die Familien. Alle Demokraten sollten im nächsten Frühjahr dafür werben, dass das auf 16 Jahre gesenkte Wahlrecht auch in der untersten Altersgruppe wahrgenommen wird. Er bedauerte die Haltung der Jamaika-Koalition, einen Antrag von SPD und SSW zur Stärkung des Schulfaches Wirtschaft/Politik trotz einer positiv verlaufenen Anhörung abzulehnen.

Politische Bildung in der Schule sei nur einer der Kanäle, mit denen sich Menschen politisch bilden können, aber sie habe einen höheren Verbindlichkeitsgrad als alle anderen dieser Kanäle.

Das Fach Wirtschaft/Politik müsse deshalb so in den Kontingenztafeln verankert sein, dass es nicht abgewählt werden könne. An den lehrerbildenden Universitäten müssten genügend Ausbildungskapazitäten für Lehramtsstudierende für dieses Fach vorhanden sein. Bei der Einstellung in den Vorbereitungsdienst müsse das Fach Wirtschaft/Politik erneut als Mangelfach eingestuft werden.

Er dankte allen Einrichtungen und Initiativen, die sich, von ganz unterschiedlichen Sichtweisen aus, um die politische Bildung verdient machten. Und angesichts der dramatischen Entwicklungen der letzten Jahre gelte sein besonderer Respekt denen, die auch um den Preis von Anfeindungen und Bedrohungen die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus Tag für Tag führten.

Berufliche Bildung

Mitte November gab es eine gute Nachricht für die Beruflichen Schulen. Die Landesregierung teilte mit, sie wolle trotz leicht zurückgehender Schülerzahlen keine Lehrerstellen abbauen und zwar nicht zu Lasten der allgemeinbildenden Schulen. Genau das hatten wir eine Woche zuvor beantragt.

Im Landtag sagte Martin Habersaat dazu: „Das Einfrieren der Stellen ist dabei ein kurzfristiges Mittel. Dauerhaft hilft nur eine landesweite Schulentwicklungsplanung für die Beruflichen Schulen.“ Das stehe sogar im Koalitionsvertrag von CDU, Grünen und FDP von 2017, ohne dass konkrete Taten hin zu so einer Planung erfolgt wären. Auch hier mache sich die Spaltung der Schulen zwischen Bildungs- und Wirtschaftsministerium bemerkbar.

Martin Habersaat kritisierte ein Gutachten, das die Regierung in Auftrag gegeben hatte, weil es die Vielfalt der berufsbildenden Schulen nicht abbilde.

Unser Antrag zum Stellenmoratorium:

Fachkräfte sichern - Moratorium für die Berufliche Bildung in Schleswig-Holstein

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl19/drucks/03400/drucksache-19-03412.pdf>

Lehrbeauftragte an Hochschulen – Vergütung wie vor 20 Jahren

In einer hochschulpolitischen Debatte ging es um die soziale Lage der Studierenden und der Lehrbeauftragten. Dazu sagte unser hochschulpolitischer Sprecher Prof. Dr. Heiner Dunckel:

„Das Wintersemester ist erst wenige Wochen alt und schon sind die Hoffnungen, das Leben an den Hochschulen könnte wieder in den Normalbetrieb umschalten, wie Seifenblasen geplatzt.

Natürlich sind die Hochschulen im November 2021 besser auf Distanz-Arbeit eingestellt, als sie es im März 2020 waren. Das gilt allerdings nicht für die Studierenden, die gerade ihre Schule verlassen haben und jetzt ihr Studium beginnen wollen und müssen. Ausschließlich digitale Lehre ist nicht die Form des Studiums ist, die ich und viele von uns es erleben durften und die wir uns wünschen. Die schwierige, zum Teil dramatische, psychosoziale Situation von Studierenden verlängert sich.

Die Vergütungen für Lehrbeauftragte an den Hochschulen sind über fast 20 Jahre hinweg konstant geblieben. Demnach bekommt ein Lehrbeauftragter z.B. bei der Vergütungsstufe WH2, der in einem 15wöchigen Semester jede Woche zwei Stunden erteilt, je nach Universität zwischen 670 und 870 Euro brutto für insgesamt 30 Stunden. Hier ist noch einzuberechnen, dass die Durchführung der Lehrveranstaltung nur den kleineren Teil der Arbeitszeit ausmacht, weil die Vorbereitung und die Nachbereitung der Lehrveranstaltungen, die Abnahme von Prüfungen, Klausurkorrekturen, Betreuung der Studierenden etc. dazukommen.

Dann landet man und frau bald auf dem Niveau des Mindestlohnes oder darunter. Der Landesrechnungshof rät der Politik ja üblicherweise nicht dazu, seine Ausgaben zu erhöhen, aber er hat dennoch gleich mehrfach empfohlen, die Höhe der Vergütungssätze für Lehrbeauftragte angemessen anzupassen. Die Regierung hat schon vor zwei Jahren zugesagt, das zu überprüfen. Passiert ist aber bis heute nichts!

Im geltenden Gesetz – das nicht von der jetzigen Landesregierung formuliert wurde, das sage ich auch selbstkritisch dazu – steht sogar der herrliche Satz: „Die Lehrbeauftragten erhalten eine Vergütung, es sei denn, dass sie von sich aus auf eine Vergütung verzichten.“ Man kann es mit der Förderung des Ehrenamtes auch übertreiben.

Als ehemaliger Hochschullehrer weiß ich, dass die Hochschulen ihr Lehrangebot ohne die Lehrbeauftragten nicht aufrechterhalten können. Das wird aber nur gelingen können, wenn wir nach knapp zwei Jahrzehnten die Vergütungen wenigstens so an die allgemeine Preisentwicklung anpassen, dass die Kaufkraft von 2002 wieder hergestellt wird. Würden wir die Inflation ausgleichen wollen, dann müsste sich die Vergütung der Lehraufträge um wenigstens 30 Prozent erhöhen. Orientieren wir uns an unseren norddeutschen Nachbarn, dann müssten die Höchstvergütungssätze wenigstens zwischen 6 bis 12 Euro erhöht werden.“

Denkmalschutzgesetz der Küstenkoalition ist bundesweit Modell

In den kulturpolitischen Debatten des Landtags ging es u.a. um eine Evaluation des Denkmalschutzgesetzes, das die Küstenkoalition mit Kulturministerin Anke Spoorendonk (SSW) auf den Weg gebracht hatte. Martin Habersaat nahm sich die Kritik vor, die CDU und FDP damals geäußert hatten:

„Anke Spoorendonk musste ein neues Denkmalschutzgesetz vorlegen, weil unter der schwarz-gelben Regierung der Ausgleich zwischen den berechtigten Interessen der Eigentümer*innen und der Bewahrung der materiellen Kultur in Schleswig-Holstein aus dem Gleichgewicht geraten war. Bei manchem Debattenbeitrag der damaligen Opposition musste man befürchten, dass viele tausende von Eigentümer*innen in Schleswig-Holstein in den Ruin oder in die Enteignung getrieben würden. Was wurde in der Debatte nicht alles an die Wand gemalt! Gigantischer Aufbau der Denkmalschutz-Bürokratie, Stillstand im ländlichen Raum, weil jeder Bebauungsplan durch ein Verbandsklagerecht ausgehebelt werden könnte; Entrechtung der Eigentümer*innen und was nicht noch alles. Kollege Callsen wurde geradezu staatsphilosophisch, als er uns vorwarf: „Es ist ein Denken, das an einen Obrigkeitsstaat erinnert. Es ist ein Gesetz, das die Menschen nicht mitnimmt, sondern ihnen erhebliche Pflichten, Kontrollen und Einschränkungen auferlegt.“ Es hätte nur noch gefehlt, dass er mit Schiller ausgerufen hätte: „Nein, eine Grenze hat Tyrannenmacht!“

Und nach all dieser Theatralik legt uns die Landesregierung heute – zum besseren Verständnis der Zuhörer*innen: CDU und FDP sind an dieser Regierung nicht unwesentlich beteiligt – einen Bericht vor, der zum Denkmalschutzgesetz von 2014

folgendes sagt:

- Das Denkmalschutzgesetz von 2014 ist ein sehr gutes Gesetz mit teilweise bundesweitem Modellcharakter; die Grundentscheidungen der letzten Novellierung haben sich bewährt.
- Das Gesetz ist geeignet, das Spannungsverhältnis zwischen Klimaschutz und Denkmalschutz interessengerecht zu lösen, es bietet Gewähr für eine klimagerechte Zukunftspolitik.
- Festgestellte Defizite im Vollzug des Gesetzes können auf untergesetzlicher Ebene geregelt werden. Eine Änderung des Gesetzes wird nicht empfohlen. Der Bericht sieht ein Vollzugsdefizit, das in der geringen personellen Ausstattung der Denkmalschutzbehörden liegt. Bundesweit hält Schleswig-Holstein die Rote Laterne beim Denkmalschutz. Das muss beklagen, wer die Heimat liebt, meine Damen und Herren von der CDU! Wir werden auf absehbare Zeit die Rückstände in der Erfassung unserer Kulturdenkmale, vor allem des Nachkriegsbestandes, nicht aufarbeiten können. Das Ziel dürfen wir aber nicht aus den Augen verlieren. Und gemeinsam müssen wir einen Blick auf die Denkmale haben, die trotz dieses Gesetzes von der Vernichtung bedroht sind.“

UNSERE NEUESTEN LANDTAGSREDEN UND PRESSEMITTEILUNGEN:

Schule

Pressemitteilung von Martin Habersaat vom 08. November 2021

Die #SchulederZukunftSH

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-11-08-10-18-39-5ebd/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Pressemitteilung von Kai Vogel vom 08. November 2021

DaZ ist teuer – kein DaZ ist noch teurer!

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-11-08-13-24-07-6b30/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Pressemitteilung von Martin Habersaat vom 12. November 2021

Fachkräftealarm an Kitas und Schulen

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-11-12-10-14-24-5303/?tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Landtagsrede zu Protokoll von Tobias von Pein vom 26. November 2021

Politische Bildung innerhalb und außerhalb der Schule ist eine wesentliche Voraussetzung für Demokratie

<https://www.spd-fraktion-sh.de/2021/11/26/politische-bildung-innerhalb-und-ausserhalb-der-schule-ist-eine-wesentliche-voraussetzung-fuer-demokratie/>

Landtagsrede von Martin Habersaat vom 26. November 2021

Der Mangel an Lehrkräften ist weiterhin spürbar

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-11-26-11-01-23-63b6/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Hochschule

Landtagsrede von Prof. Dr. Heiner Dunckel vom 25. November 2021

Lehrbeauftragte endlich angemessen vergüten

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-11-25-16-57-34-1ec5/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Berufliche Bildung

Pressemitteilung von Martin Habersaat und Kirsten Eickhoff-Weber vom 11. November 2021

Fachkräftesicherung muss in der Fläche gewährleistet werden

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-11-11-14-42-28-0917/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Pressemitteilung von Kirsten Eickhoff-Weber und Martin Habersaat vom 17. November 2021

Seltene Einsichtsfähigkeit der Regierung

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-11-17-14-55-22-3143/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Landtagsrede von Martin Habersaat vom 25. November 2021

Die berufliche Bildung hat eine hohe Aufmerksamkeit verdient

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-11-25-10-17-39-0188/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Kultur

Landtagsrede von Martin Habersaat vom 24. November 2021

Denkmalschutzgesetz der Küstenkoalition ist erfolgreich

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-11-24-12-58-31-2d6b/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Landtagsrede von Martin Habersaat vom 24. November 2021

Ein erster Schritt für die Alevit*innen

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-11-24-17-31-04-4172/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Landtagsrede von Martin Habersaat vom 25. November 2021

Haushalte nicht auf Kosten der Kultur sanieren!

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-11-25-12-30-24-0b73/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Landtagsrede von Bernd Heinemann vom 26. November 2021

Die niederdeutsche Sprache ist in Schleswig-Holstein ein Kulturgut mit Verfassungsrang

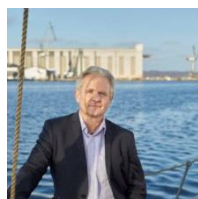
<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-11-26-13-50-28-707b/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Unsere Arbeitskreis-Mitglieder



[Martin Habersaat](#)

Vorsitzender, Sprecher für Kulturpolitik, Kirchen und Religionsgemeinschaften



[Prof. Dr. Heiner Dunkel](#)

Sprecher für Hochschule, Wissenschaft, Forschung und Weiterbildung



[Kirsten Eickhoff-Weber](#)

Sprecherin für Berufliche Bildung



[Bernd Heinemann](#)

Sprecher für Niederdeutsch



[Tobias von Pein](#)

Sprecher für politische Bildung und gegen Rechtsextremismus



[Kai Vogel](#)

Sprecher für Schulpolitik

IMPRESSUM

Dieser Newsletter wird in unregelmäßigen Abständen vom Arbeitskreis Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kultur, Rechtsextremismus und religiöse Angelegenheiten der SPD-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag herausgegeben.

Verantwortlich: Dr. Michael Schmidt-Neke, SPD-Landtagsfraktion, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel. Email: m.schmidt-neke@spd.ltsh.de